

à propos

Das
Friedensmagazin
von KOFF



Ist noch Raum
für die
Zivilgesellschaft?

swiss
peace

Schweizerische Friedensstiftung
Fondation suisse pour la paix
Fondazione svizzera per la pace
Swiss Peace Foundation

1

schwerpunkt

Honduras: Gemeinsam Raum schaffen für die Zivilgesellschaft

2

dossier

Wie viel Raum für die Zivilgesellschaft in Israel und Palästina?

Laos: Stärkung der Zivilgesellschaft in einem herausfordernden Umfeld

Abchasien: Ein Kulturzentrum als Begegnungsort für die Zivilgesellschaft

Schutzbegleitung für die Zivilgesellschaft in Kenia

Klima der Angst vor den Wahlen in der DRK

Schrumpfender Raum für die Zivilgesellschaft in der postsowjetischen Region

Raum für die Zivilgesellschaft: Der Fall von Afghanistan

Einschränkung des Handlungsspielraums: Die Rolle der externen Akteure

3

erfahren
sie mehr
darüber

Studie zur Lage der Zivilgesellschaft in vier Ländern

CIVICUS – die Zivilgesellschaft weltweit vernetzt

4

aktuell

swisspeace / KOFF

Trägerorganisationen

Internationale Partnerorganisationen

5

agenda

Bevorstehende Veranstaltungen

editorial

Die Situation ist paradox: Einerseits wird die Beteiligung der Zivilgesellschaft an der Konfliktresolution und Friedensförderung als essentiell angesehen. Andererseits ist eine klare Tendenz spürbar, dass ihr Handlungsspielraum stetig eingeschränkt wird. Welche sind die externen und internen Faktoren, die solche Einschränkungen verursachen? Welche Initiativen werden ergriffen, um diesem Phänomen die Stirn zu bieten?

Honduras, Russland, Laos, Afghanistan, Palästina: Die Kontexte, die in dieser Ausgabe beschrieben werden, bieten einen Überblick über die verschiedenen Faktoren, die zur Einschränkung des Handlungsspielraumes der Zivilgesellschaft beigetragen haben. Ebenso werden von Schweizer Akteuren der Friedensförderung Antworten und Initiativen hervorgehoben, die diesem Trend entgegenwirken. Das Ziel ist es, aufzuzeigen, dass es sich um ein weltweites Phänomen handelt, das aber auch sehr kontextspezifisch bleibt.

Marie Seidel, Redakteurin

schwerpunkt

Honduras: Gemeinsam Raum schaffen für die Zivilgesellschaft

Politische, rechtliche, wirtschaftliche und soziale Entwicklungen in Honduras erschweren zunehmend die Arbeit von zivilgesellschaftlichen Organisationen. Auf Initiative von Peace Watch Switzerland (PWS) und HEKS/EPER und mit Unterstützung von fünf weiteren Schweizer NGOs sowie der DEZA startete das KOFF in Honduras einen gemeinsamen Lernprozess, um eine partizipative und differenzierte Analyse der honduranischen Zivilgesellschaft und ihrer Handlungsspielräume zu erarbeiten sowie gemeinsame Strategien zum Schutz und zur Erweiterung dieser Räume zu entwickeln. Angesichts der Herausforderungen ist ein solcher Prozess, der über die Programmarbeit hinausgeht und innovative Ansätze und Synergien fördert, von grosser Bedeutung.

Handlungsspielräume für die Zivilgesellschaft sind unabdingbare Grundlagen für eine wirkungsvolle und nachhaltige Entwicklungs- und Friedenspolitik. Dazu gehören der Zugang zu Informationen, die freie Meinungsäusserung, die Partizipation an politischen Prozessen, die Versammlungsfreiheit und der gewaltfreie Protest. Zahlreiche Studien belegen, dass genau dieser Spielraum in den vergangenen Jahren weltweit schrumpft. Seit dem „arabischen Frühling“, der das Potential von Zivilgesellschaft verdeutlichte, erliessen immer mehr Regierungen Gesetze, um staatskritische Dynamiken inzudämmen. Legitimiert durch den „Krieg gegen den Terror“ werden demokratische Grundrechte entzogen, obwohl die Bedeutung von Zivilgesellschaft in der internationalen Zusammenarbeit immer wieder betont wird. Die Gesetzgebung ist aber nur ein Teil des Problems. Zivilgesellschaftliche und insbesondere Menschenrechtsorganisationen erfahren systematische Stigmatisierungen und Diffamierungen in der Öffentlichkeit, Drohungen sowie physische Gewalt bis hin zu Ermordungen.

Auf Initiative von PWS und HEKS/EPER und mit Unterstützung von fünf weiteren Schweizer NGOs sowie der DEZA in Honduras startete das KOFF im Frühjahr 2015 einen gemeinsamen Lernprozess in diesem Land. Basierend auf einer von ACT Alliance entwickelten Methode wurde ein lokaler Prozess angestossen, um eine partizipative und differenzierte Analyse der honduranischen Zivilgesellschaft und ihrer Handlungsspielräume zu erarbeiten sowie gemeinsame Strategien zum Schutz und zur Erweiterung dieser Räume zu entwickeln. Zwei Workshops, Einzelinterviews, Fokusgruppen sowie ein elektronischer Fragebogen dienten als Werkzeuge, um die Erfahrungen möglichst vieler zivilgesellschaftlicher Organisationen einzuholen.

Bereits während der empirischen Erhebungen wurde deutlich, wie gewaltig die Herausforderungen in Honduras sind: Bauernkollektive berichteten von brutaler Gewalt im Rahmen der Landkonflikte mit Regierung und Unternehmen, Medienschaffende verwiesen

auf den gesetzlich eingeschränkten Zugang zu öffentlicher Information, Frauengruppen erzählten vom Verbot, Opfern häuslicher Gewalt öffentlich beizustehen und Menschenrechtsorganisationen kritisierten die totale Schutzlosigkeit von bedrohten Personen aufgrund der Korruption der Behörden und der Straflosigkeit von rund 96%. Die Mehrheit der Befragten sieht keine Möglichkeit, ihre Anliegen und Rechte umzusetzen und spricht von einem „gepanzerten Staat“, der im Interesse der nationalen und transnationalen Eliten agiert und den Boden für ein neoliberales Entwicklungsmodell bereitet. Aus dieser Perspektive werden diverse rechts- und sozialstaatliche Garantien lediglich als Hindernis zur Maximierung von Renditen gesehen und zunehmend abgeschafft. In zugespitzter Form ist dies in den wirtschaftlichen Sonderentwicklungszonen zu beobachten, in denen die honduranische Verfassung ausser Kraft gesetzt ist. Diese Dynamiken haben sich seit dem Staatsstreich 2009 intensiviert und fördern die massive kriminelle Gewalt, die den Alltag prägt und ein ernsthaftes Sicherheitsrisiko darstellt. So haben sich die Mordfälle seit 2008 fast verdoppelt und gipfeln seit 2012 in der höchsten Mordrate weltweit. Die sozialen Organisationen in Honduras scheinen von diesen Entwicklungen überrannt. Zwar leisten sie Widerstand, bleiben aber oft reaktiv, fokussieren auf die Verteidigung sektorieller Rechte oder überhaupt auf ihre Existenzsicherung und den Schutz ihrer Mitglieder. Die Folge ist eine deutliche Schwächung der ohnehin stark fragmentierten Zivilgesellschaft. Zudem entsteht zwischen der inhaltlichen Kritik an der internationalen Zusammenarbeit und der gleichzeitigen Abhängigkeit und Konkurrenz um deren Gelder ein Spannungsfeld, in dem Organisationen schnell als „zu regierungsnah“ auf der einen Seite und „zu links“ auf der anderen Seite abgestempelt werden. Ein sachlicher Dialog, der Verständnis und Vertrauen fördern könnte, findet kaum statt. Damit fehlt die Basis für eine gemeinsame, strategische und langfristige Vision.

An diesem Punkt setzt der gemeinsame Lernprozess ein, was ein grosses Potential, aber auch Herausforderungen bedeutet. So schafft die gemeinsame Analyse zwar Raum für Austausch und gegenseitiges Verständnis, bedingt aber ein Vertrauen, das durch solche Räume erst geschaffen werden muss. Aufgrund von Misstrauen und Sicherheitsbedenken wurde die elektronische Umfrage beispielsweise kaum beantwortet. Erst der bilaterale Kontakt durch eine vertraute Person und vermehrte direkte Begegnungen machten die umfassende Datenerhebung möglich. Der langjährige und enge Kontakt der Schweizer NGOs in die honduranische Zivilgesellschaft machte sich hier bezahlt. Ein weiteres Dilemma besteht darin, dass gemeinsame Strategien zwar von Synergien und dem Wissen verschiedener Akteure profitieren, jedoch ineffektiv bleiben, solange die Zivilgesellschaft mit den existentiellen Bedrohungen zu kämpfen hat, die durch diese Strategien erst angegangen werden können. Ein trauriges Beispiel dafür ist der Mord an Berta Cáceres, die sich mit ihrer Organisation COPINH für Land und Rechte der indigenen Bevölkerung in Honduras eingesetzt hatte. Die Umstände dieses Verbrechens sind emblematisch für die Situation: Der Mord trotz Schutzmassnahmen der Interamerikanischen Menschenrechtskommission, die Spekulationen rund um das Tatmotiv in den Medien oder die unmenschliche Behandlung des Zeugen Gustavo Castro Soto durch die honduranischen Behörden.

Angesichts dieser enormen Herausforderungen ist ein gemeinsamer Lernprozess, der über die Programmarbeit hinausgeht und innovative Ansätze und Synergien fördert, von grosser Bedeutung – als Planungsgrundlage für die beteiligten Organisationen, als Basis für politische Lobbyarbeit im Sinne einer konfliktsensiblen Friedens- und Entwicklungsarbeit

und als positiver Impuls in einem langfristigen Transformationsprozess zu mehr Frieden und Gerechtigkeit in Honduras.

[swisspeace](#)

Anna Leissing

anna.leissing@swisspeace.ch

Program Officer

[HEKS](#)

Una Hombrecher

una.hombrecher@heks.ch

Peace and Conflict Transformation

[Peace Watch Switzerland](#)

Marianne Widmer

pwsgl@peacewatch.ch

Geschäftsleiterin

[links](#)

- [KOFF](#)
- [HEKS/EPER](#)
- [Peace Watch Switzerland](#)
- [ACT Alliance/CIDSE. Space for Civil Society – How to Protect and Expand an Enabling Environment. 2014](#)
- [CIVICUS. State of Civil Society Report. 2015](#)
- [Task Team on CSO Development Effectiveness and Enabling Environment. Review of Evidence of Progress on Civil Society-related Commitments of the Busan High Level Forum. 2013](#)

dossier

Wie viel Raum für die Zivilgesellschaft in Israel und Palästina?

Anhand einer Analyse der Perspektiven und Erfahrungen der Zivilgesellschaft aus Israel und den besetzten palästinensischen Gebieten hat HEKS, gemeinsam mit fünf weiteren Mitgliedern von ACT Alliance, eine Studie über den vorhandenen Handlungsspielraum der Zivilgesellschaft durchgeführt.

Die meisten Teilnehmenden stellen seit fünf Jahren eine Einschränkung ihres Handlungsspielraums auf allen Ebenen fest, insbesondere in Bezug auf das stark bedrohte

Recht auf Vereinigungsfreiheit.

Im Westjordanland und in Gaza haben die israelische Besetzung, der Zerfall der Institutionen und der Zwist zwischen Hamas und Fatah zu diesen Einschränkungen beigetragen. Administrative Hürden, eingeschränkte Bewegungsfreiheit und direkte physische Bedrohungen behindern die Arbeit der zivilgesellschaftlichen Organisationen (CSOs) regelmässig. Im Westjordanland trägt die ungleiche und willkürliche Anwendung des palästinensischen NGO-Gesetzes zusätzlich zur Einschränkung ihrer Handlungsfreiheit bei. Alle Diskussionsgruppen im Westjordanland, in Gaza und Ostjerusalem wiesen zudem auf das Geberproblem hin. Nach Aussage der Teilnehmenden knüpfen gewisse Geber die Vergabe von Mitteln nämlich an ideologische Bedingungen. Zum Beispiel darf die gegen Israel gerichtete Boykott-, Deinvestitions- und Sanktions-Kampagne oder die Kampagne „Stop the Wall“ nicht unterstützt werden.

In Israel beklagten CSOs die mangelnde Toleranz der Behörden und anderer Akteure gegenüber der Tätigkeit von Menschenrechtsorganisationen sowie das seit sechs Jahren wachsende Einschüchterungsklima. Zudem wiesen sie auf die Stigmatisierungskampagne hin, unter der sie zu leiden haben. Diese begleite auch jegliche Zusammenarbeit mit anderen friedlichen Organisationen, die sich mit Fragen zu Menschenrechten, Religion oder Sexualität befassen.

Zu den in den Gruppendiskussionen genannten Anpassungsstrategien gehören eine stärkere Vernetzung und die Schaffung von Koalitionen, um die Interessenvertretung zu verstärken, sowie die Übernahme anerkannter Verhaltenskodizes durch die CSOs, um ihre Legitimität zu erhöhen. Geber und Regierungen werden zudem aufgefordert, ihren Ansatz systematisch auf die Menschenrechte statt auf die humanitäre Hilfe auszurichten. So könne man sich klar gegen die Besetzung positionieren.

HEKS

Una Hombrecher

una.hombrecher@heks.ch

Peace and Conflict Transformation

Rula Hamdan Atamneh

rula.hamdan@heks-eper.org

County Director

links

- [HEKS in Palästina/Israel](#)

dossier

Laos: Stärkung der Zivilgesellschaft in

einem herausfordernden Umfeld

Die Zivilgesellschaft in Laos wird abwechselnd als „entstehend“, „aufstrebend“, oder auch als „begrenzt“ und „eingeschränkt“ bezeichnet. Der rechtliche Rahmen für eine organisierte Zivilgesellschaft wurde 2009 mit der Annahme eines Dekrets, das Non-Profit-Vereinigungen (NPAs) als Rechtsträger offiziell anerkennt und reguliert, festgelegt. Dieses Dekret und die Integration des Aktionsplans von Accra 2010 in die laotische Agenda zur Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit stehen für einen bedeutenden Wechsel. Neben offiziell eingetragenen NPAs sind unterschiedliche Organisationen im öffentlichen Raum aktiv wie etwa Basisorganisationen und staatlich finanzierte Massenorganisationen, die zur Partei gehören.

Jedoch müssen zivilgesellschaftliche Organisationen (CSOs) in einem herausfordernden Umfeld arbeiten, wo viele RegierungsvertreterInnen und andere AkteurInnen den Beitrag der Zivilgesellschaft zur nachhaltigen Entwicklung nur ungenügend verstehen. Die Gesetzgebung und die Verfahren sind umständlich und für die Unabhängigkeit und Produktivität von CSOs kontraproduktiv. Die meisten NPAs agieren als Dienstleister und ausführende Organe im Auftrag der Regierung oder von Entwicklungspartnern und internationalen Organisationen. Ihre Unabhängigkeit und Rechenschaftspflicht gegenüber den Mitgliedern und Begünstigten ihrer Dienstleistungen sind daher beschränkt.

Seit 2009 unterstützt HELVETAS Swiss Intercooperation den Kapazitätsaufbau von CSOs in Laos und leistete einen Beitrag zu verschiedenen Koordinationsmechanismen. HELVETAS ist beispielsweise Gründungsmitglied des „Learning House for Development“, einer Initiative, bei der CSOs voneinander lernen, Erfahrungen austauschen, Strategien entwerfen und Aktivitäten miteinander und mit relevanten Entwicklungspartnern koordinieren. Durch netzwerkbasierte Initiativen engagiert sich HELVETAS für mehr Handlungsspielraum, mit speziellem Fokus auf einen verstärkt inklusiven politischen Dialog, der Förderung und wirksamen Umsetzung der Rechtsstaatlichkeit sowie der Stärkung der Gouvernanz. Gemeinsam mit Partnern ist HELVETAS aktuell in drei Bereichen tätig: 1.) Unterstützung des Kapazitätsaufbaus bei Partner-CSOs, 2.) Einrichtung von dezentralisierten Plattformen in den Provinzen für eine verstärkte Unterstützung des Kapazitätsaufbaus bei CSOs ausserhalb der Hauptstadt und 3.) Förderung des Dialogs zwischen politischen Entscheidungsträgern und der Zivilgesellschaft auf unterschiedlichen Ebenen.

In diesem herausfordernden Umfeld setzt sich HELVETAS auch weiterhin für die Unterstützung ihrer Partner-CSOs mit den Kompetenzen und Mitteln ein, die diese für ihren Beitrag zu einer nachhaltigen und gerechten Entwicklung in Laos benötigen.

[HELVETAS Swiss Intercooperation](#)

Daniela Renner and Christoph Oertle

daniela.christoph@helvetas.org

Program Coordinators, Laos

Celestine Krösschell

celestine.kroeschell@helvetas.org

Country Director, Laos

Sarah Byrne
sarah.byrne@helvetas.org
Advisor, Local Governance and Civil Society

links

- [HELVETAS in Laos](#)
- [Learning House for Development](#)
- [INGO Network in Laos](#)

dossier

Abchasien: Ein Kulturzentrum als Begegnungsort für die Zivilgesellschaft

Kunst erfordert Zusammenarbeit und Austausch, genießt Narrenfreiheit und stösst Diskussionen an. Deshalb können Kunstinitiativen, als innovativer Ansatz, wertvolle Orte und Momente für zivilgesellschaftliche Begegnungen schaffen, gerade wenn die Zivilgesellschaft in Konfliktkontexten erst (wieder) entsteht.

Ein Beispiel dafür ist das Kulturzentrum „Sklad“ in Sochumi, der Hauptstadt von Abchasien, einer Region die völkerrechtlich zu Georgien gehört. Nach kriegerischen Handlungen 1992-93 hat sich Abchasien für unabhängig erklärt, was jedoch erst 2008 und nur von Russland anerkannt wurde. Der Konflikt führte zu Isolation und Armut, die ethnischen Spannungen halten an und die lokale Politik steht unter starkem Einfluss von Russland. Das Kulturzentrum „Sklad“ entstand dank Impulsen der Schweizer Stiftung artasfoundation und ist eine Neuheit in der Region: Es ist weder staatlich, noch gehört es einer politischen Gruppe an und zeigt lokale und internationale Kunst. Die Initiantinnen orientieren sich am kulturellen Leben europäischer Grossstädte und lassen sich von keiner politischen Gruppe vereinnahmen. Da Kunst Interpretationsfreiheit genießt, ermöglicht dies jenen Raum für Begegnungen und Diskussionen, die für das Entstehen einer Zivilgesellschaft notwendig sind.

Seit der Gründung im Oktober 2015 fanden drei Kunstausstellungen und zahlreiche Anlässe statt. Der stadtbekannteste Künstler Arkhip Labakhua organisierte eine Ausstellung, ein Schriftsteller präsentierte sein neues Buch und die von artasfoundation mitorganisierte Ausstellung von Schweizer Kunst zog über 500 BesucherInnen an. Kürzlich beantragte eine Journalistin Gelder, um im „Sklad“ Porträts von Angehörigen ethnischer Minderheiten auszustellen. Die Zusammenarbeit mit dem Kulturzentrum wird von der Abteilung Menschliche Sicherheit (AMS) des EDA finanziell unterstützt.

Die entstandenen Initiativen bezeugen die Nachfrage nach einem Begegnungsort, sind aber auch eine Herausforderung für die begrenzten Ressourcen – Probleme, die hiesigen zivilgesellschaftlichen Initiativen hinreichend bekannt sind.

[artasfoundation](#)

Sabine Jenni

sabine.jenni@artasfoundation.ch

Project Coordinator

[links](#)

- [artasfoundation](#)

dossier

Schutzbegleitung für die Zivilgesellschaft in Kenia

Auf Einladung von Peace Brigades International (PBI) war der Kenianer Gacheke Gachihi vom 6. bis 10. April zu Besuch in der Schweiz, um über seine Arbeit und Herausforderungen als Menschenrechtsverteidiger zu berichten. Als Kind wurde er in Folge der Gewalt nach den Präsidentschaftswahlen 1992 nach Nairobi zwangsversetzt. In Mathare, einer der grössten inoffiziellen Siedlungen der Hauptstadt, arbeitete er damals als Autowäscher und erlebte polizeiliche Gewalt am eigenen Leib. Daraufhin suchte er Schutz bei einer Menschenrechtsorganisation und wurde selber aktiv.

Die aktuelle Regierung von Präsident Kenyatta grenzt den Handlungsspielraum der Zivilgesellschaft zunehmend ein. „Die grösste Herausforderung, der wir begegnen, ist die Einschränkung unserer Meinungsäusserungsfreiheit“, meint Gachihi dazu. So wurde er 2014, als er friedlich gegen ein neues Sicherheitsgesetz demonstrierte, festgenommen, gefoltert und willkürlich inhaftiert. Das Gesetz soll offiziell der Terrorismusbekämpfung dienen, schränkt jedoch die Meinungsfreiheit und das Versammlungsrecht ein. Neben einer hohen Geldstrafe wurde er vor Gericht beschuldigt, an einer rechtswidrigen Versammlung teilgenommen und Gewalt gefördert zu haben – eine Anschuldigung, die bis heute besteht.

Wie können AktivistInnen unter diesen Einschränkungen weiterarbeiten und Anerkennung

finden? „Viele MenschenrechtsverteidigerInnen in Nairobi arbeiten in inoffiziellen Siedlungen. Sie haben keinen bekannten Namen, der in den Medien erscheint. Organisationen wie PBI bieten in diesem Zusammenhang eine hilfreiche Unterstützung“, erklärt Gachihi. Durch die Begleitung von PBI-Freiwilligen auf Polizeistationen oder zu lokalen Behörden wird internationaler Druck ausgeübt, was Gewaltexzesse verhindert und dazu führt, dass die MenschenrechtsverteidigerInnen weiter ihrer Arbeit nachgehen können und somit den Handlungsspielraum der Zivilgesellschaft bewahren.

[Peace Brigades International Switzerland](#)

Shirin Fallahpour

info@peacebrigades.ch

Communication and Fundraising Assistant

links

- [PBI Projekt in Kenia](#)
- [PBI Bulletin Facing PEACE von März 2016 über Kenia](#)

dossier

Klima der Angst vor den Wahlen in der DRK

Die Demokratische Republik Kongo (DRK) erweckt den Anschein, im Besitz stabiler politischer Institutionen zu sein. Das Mandat von Joseph Kabila, der seit 2001 an der Macht ist, läuft gemäss Verfassung im Dezember 2016 aus. Die Präsidentschaftswahlen sind für den 27. November vorgesehen. Mit der Begründung, das Wählerverzeichnis müsse aktualisiert werden, fordert die unabhängige nationale Wahlkommission (CENI) jedoch eine Verschiebung.

Unter der Bevölkerung, die der unwürdigen Lebensbedingungen und der fehlenden Perspektiven müde ist, herrscht Ungewissheit und Beunruhigung. Seit den Demonstrationen im Januar 2015 haben die Menschenrechtsverletzungen, unter anderem in Form willkürlicher Festnahmen und Verhaftungen, stark zugenommen. Auch Partner des Fastenopfers, die mit vielfältigen Herausforderungen konfrontiert sind, werden unter Druck gesetzt und bei ihrer Tätigkeit behindert. So waren VertreterInnen der Beobachtungsstellen für Ressourcenabbau des CERN (Bischofskommission für natürliche Ressourcen) schon Opfer von Einschüchterungen und Bedrohungen. Der Machtmissbrauch des Regimes schafft ein allgemeines Klima der Angst. Der Informationsaustausch unter den Partnern des Fastenopfers und mit der gesamten kongolesischen Zivilgesellschaft wird intensiver.

Die gemeinsame Nutzung von Informationen zwischen Partnern und innerhalb des kongolesischen NGO-Netzwerks ist die erste Massnahme, um die Risiken zu erkennen und den verfügbaren Handlungsspielraum zu bestimmen. Ausserdem wurden Kontakte zur Schweizer Botschaft geknüpft, um die Anwendung der in den Schweizer Leitlinien zum

Schutz von MenschenrechtsverteidigerInnen festgelegten Massnahmen zu fordern. In einem Dringlichkeitsentschluss vom 10. März 2016 hat das Europäische Parlament seiner Besorgnis ebenfalls Ausdruck verliehen und ruft unter anderen zur Einstellung der willkürlichen Festnahmen, Verfolgung von MenschenrechtsverletzerInnen und Einhaltung des Wahlkalenders auf.

Fastenopfer

Valérie Lange

lange@fastenopfer.ch

Verantwortliche für das Dossier psychosoziale Konfliktanalyse

links

- [Fastenopfer in der DRK](#)
- [Schweizer Leitlinien zum Schutz von Menschenrechtsverteidigerinnen und Menschenrechtsverteidigern](#)
- [Bischofskommission für natürliche Ressourcen](#)

dossier

Schrumpfender Raum für die Zivilgesellschaft in der postsowjetischen Region

Seit einigen Jahren können zivilgesellschaftliche Organisationen (CSOs) im postsowjetischen Raum ihren Aktivitäten immer schlechter nachgehen. Einschränkungen der Grundfreiheiten begrenzen den Raum, in dem CSOs frei und ohne Angst vor Repressionen agieren können, zunehmend.

Russland setzte ein problematisches Signal mit dem sogenannten NGO-Gesetz. Nach diesem müssen Organisationen, die politisch aktiv sind – ein Begriff, der übermässig breit ausgelegt wird – und Gelder aus dem Ausland erhalten, sich als „ausländische Agenten“ registrieren und diese Bezeichnung bei ihren Aktivitäten verwenden. Daneben ermächtigt ein weiteres Gesetz russische Behörden dazu, ausländische Organisationen als „unerwünscht“ zu deklarieren. Infolgedessen mussten bereits mehrere NGOs und Geberorganisationen ihre Programme in Russland stoppen. Die repressive russische Gesetzgebung wurde auch in der Krim durchgesetzt und die Ein- und Ausreise von MenschenrechtsverteidigerInnen wurde eingeschränkt. BefürworterInnen der Rechte der tatarischen Minderheit sind Belästigungen stark ausgesetzt.

In Aserbaidshan schränkt die NGO-Gesetzgebung die Registrierung und den Zugang zu

Geldern ein. Restriktive Vorschriften werden von den aserbeidschanischen Behörden aktiv eingesetzt, um unabhängige NGOs unter Druck zu setzen und ihre Führungskräfte zu inhaftieren. Kürzlich wurde eine Anzahl führender Verfechter der Zivilgesellschaft begnadigt und einige der Gefängnisstrafen wurden in Bewährungsstrafen umgewandelt. Andere sind aber weiterhin zu Unrecht inhaftiert und ohne die notwendigen Gesetzesreformen besteht für MenschenrechtsverteidigerInnen weiterhin ein hohes Risiko für eine Strafverfolgung.

In ganz Mittelasien stehen Menschenrechtsgruppen und -verteidigerInnen unter Druck. In Turkmenistan und Usbekistan ist das Klima für die Zivilgesellschaft äusserst repressiv. In Kasachstan, Kirgisistan und Tadschikistan hat sich die Situation kürzlich verschlechtert. Dort werden Argumente der nationalen Sicherheit für die Strafverfolgung und die Einschränkung der Rechte von NGOs und AktivistInnen ausgenutzt.

Aufgrund des Ausmasses des Problems müssen sich die Akteure auf allen Ebenen einheitlicher und entschlossener bemühen, damit ein echter positiver Wandel bewirkt werden kann. Die Civic Solidarity Platform (CSP) versucht, diesem negativen Trend in der OSZE-Region durch die Unterstützung von gefährdeten Menschenrechtsgruppen und -verteidigerInnen entgegenzuwirken. Im Mai organisiert die CSP mit Unterstützung des deutschen OSZE-Vorsitzes in Tiflis einen Workshop mit dem Thema „Schrumpfender Raum für die Zivilgesellschaft“ und dem Ziel, Strategien für die Bewältigung der aktuellen Herausforderungen zu entwickeln.

[International Partnership for Human Rights](#)

Brigitte Dufour

brigitte.dufour@IPHRonline.org

Leiterin

[links](#)

- [Civic Solidarity Platform](#)
- [OSZE-Leitlinien zum Schutz von MenschenrechtsverteidigerInnen](#)
- [OSZE-Leitlinien zur Vereinigungsfreiheit](#)
- [OSZE-Leitlinien zur Versammlungsfreiheit](#)

dossier

Raum für die Zivilgesellschaft: Der Fall von Afghanistan

Der Aufbau von demokratischen Regierungsstrukturen, die Präsenz der internationalen Gemeinschaft sowie der Zugang zu Geldern schufen neue Möglichkeiten für die

afghanische Zivilgesellschaft. Die Regierung engagiert sich für die Förderung eines konstruktiven Dialogs mit der Zivilgesellschaft, damit sie bei wichtigen politischen Reformprozessen vollständig und sinnvoll eingebunden wird. Der Rechtsrahmen wurde verbessert, um die Registrierungsverfahren und den Zugang zu ausländischen Mitteln für alle Kategorien von zivilgesellschaftlichen Organisationen (CSOs) zu erleichtern. Ausserdem wurde ein Mechanismus geschaffen, um die Zusammenarbeit der Zivilgesellschaft und der Regierung sowie die Rechenschaftspflicht zu fördern.

Externe Mittel führten aber auch dazu, dass sich CSOs nach den kurzfristigen Prioritäten der Geber richteten, statt eine langfristige Strategie auszubauen. Die Natur der Erteilungsverfahren, die Notwendigkeit grösserer Verträge und die geringe Bereitschaft der Geber, finanzielle Risiken einzugehen, verhinderte zudem die Beteiligung schwächerer, aber wirklich verwurzelter CSOs.

Aufbauend auf diesen Erkenntnissen und die wichtige Rolle der Zivilgesellschaft anerkennend, schafft die DEZA mit ihrem Programm einen Raum für den Dialog zur Vergrösserung des Handlungsspielraums und Förderung der Beziehungen zwischen Staat und Gesellschaft. Durch die Unterstützung der unabhängigen afghanischen Menschenrechtskommission (AIHRC) engagiert sie sich für die Einhaltung bürgerlicher und politischer Rechte, damit CSOs in einem sicheren Umfeld agieren können. Sie beteiligt sich an der Arbeitsgruppe Human Rights Defenders, die das Umfeld der CSOs überwacht und die afghanische Regierung auf kritische Fälle hinweist.

Die DEZA unterstützt die Zivilgesellschaft stärkende Programme wie das „Civil Society & Human Rights Network“, die sich für den Aufbau effizienter und nachhaltiger Koalitionen unter CSOs für eine bessere Advocacy einsetzen. Sie fördert auch die Beteiligung und Rechenschaftsmechanismen lokaler Regierungen sowie inklusive lokale Gouvernanzprozesse. Die DEZA unterstützt zudem Forschungsinstitutionen wie die Afghanistan Research and Evaluation Unit, die eine evidenzbasierte politische Entwicklung und öffentliche Debatten fördern. Ferner unterstützt sie eine unabhängige NGO für Sicherheitsberatung und -analyse (INSO), damit CSOs in fragilen Kontexten handlungsfähig bleiben können. Schliesslich unterstützt sie die „Civil Society Platform for Peacebuilding and Statebuilding“, ein globales Netzwerk, an dem Afghanistan beteiligt ist und das die Teilnahme der Zivilgesellschaft am Internationalen Dialog zu Friedensförderung und Staatsaufbau koordiniert.

DEZA

Anne Savary

anne.savary@eda.admin.ch

links

- [Die DEZA in Afghanistan](#)
 - [Civil Society & Human Rights Network](#)
 - [Afghanistan Research and Evaluation Unit](#)
 - [Civil Society Platform for Peacebuilding and Statebuilding](#)
 - [International Safety Organisation Network](#)
-

Einschränkung des Handlungsspielraums: Die Rolle der externen Akteure

Zur nachhaltigen Ausgestaltung von Transformationsprozessen sowie für Konfliktprävention und -bearbeitung spielen zivilgesellschaftliche Akteure eine wichtige Rolle und brauchen entsprechende Rahmenbedingungen – rechtliche, administrative, finanzielle und nicht zuletzt politische. Dem steht jedoch der Trend gegenüber, dass ihr Handlungsspielraum weltweit deutlich enger wird.

Diese Einschränkungen sind insbesondere für diejenigen, die in fragilen und konfliktbetroffenen Kontexten arbeiten, eine grosse Herausforderung. Dialog, Inklusivität, Teilhabe, und Verantwortlichkeit – Kernpunkte friedenspolitischer Prozesse – sind so kaum einzulösen. Die Antworten von Regierungen und Gebern auf repressive Massnahmen – oft etikettiert als Anti-Terror-Abwehr oder Harmonisierung nationaler Entwicklungsprioritäten – ist bisher unzureichend. Der Trend ist auch deshalb besorgniserregend, weil die internationale Unterstützung und Solidarität für die friedensstiftende Zivilgesellschaft darunter leidet.

FriEnt hat dieses Problem im Rahmen des Peacebuilding Forums 2015 adressiert. Die Organisation rückt Ansätze und Strategien zivilgesellschaftlicher Akteure für Friedensförderung in den Vordergrund, die den Schutz und die Erweiterung des Handlungsspielraums der Zivilgesellschaft zum Ziel haben. Dadurch soll auch die Frage beantwortet werden, was dies für die internationale Unterstützung bedeutet. Friedenspolitische Akteure – staatlich oder zivilgesellschaftlich, die als externe Akteure in Konflikten arbeiten, müssen sich ihrer Rolle und Verantwortung bewusst werden, denn ihr Engagement hat in Zeiten von Einschränkungen Rückwirkungen auf die Rolle der Zivilgesellschaft. Die Kenntnis der lokalen Gegebenheiten und der Zivilgesellschaft in ihrer Pluralität ist eine Grundvoraussetzung. Externes Engagement sollte daher auch die Konsequenzen der Einschränkungen auf die lokale Zivilgesellschaft und ihren Schutz in den Blick nehmen.

In der Frage, wie auf die Eingrenzung der Zivilgesellschaft reagiert wird, spielen auch geostrategische, wirtschaftliche und sicherheitspolitische Interessen eine Rolle. In Anbetracht des eingeschränkten Handlungsspielraums müssen externe Akteure daher Wechselwirkungen unterschiedlicher Politikbereiche zueinander berücksichtigen. Die Einnahme unterschiedlicher Perspektiven – also von staatlichen, zivilgesellschaftlichen, internen wie externen Akteuren – ist deshalb bedeutend, um den Dialog voranzutreiben.

[FriEnt](#)

Anja Justen

anja.justen@frient.de

Vertretung Konsortium Ziviler Friedensdienst (ZFD)

Claudia Rolf
claudia.rolf@frient.de
Vertreterin der Heinrich-Böll- Stiftung

links

- [FriEnt](#)
 - [FriEnt Peacebuilding Forum 2015 – Session: Shrinking space – creating space!?](#)
-

erfahren sie mehr darüber

Studie zur Lage der Zivilgesellschaft in vier Ländern

Anhand der Beispiele Malawi, Ruanda, Kolumbien und Zimbabwe zwischen 2009 und 2013 zeigt die Studie „Space for Civil Society. How to Protect and Expand an Enabling Environment“ von ACT Alliance und CIDSE auf, dass viele Menschen, die für zivilgesellschaftliche Organisationen arbeiten, Angst empfinden, und dass sie in ihrer Arbeit durch Belästigung, Zensur und unzumutbare Gesetze eingeschränkt werden. Neben den Mechanismen, die den zivilgesellschaftlichen Raum einschränken, dokumentiert und analysiert die Studie jedoch auch Ansätze, die sich vorteilhaft auf ein positives Umfeld ausgewirkt haben. Die aus der Studie gewonnenen Empfehlungen, um Handlungsspielräume für die Zivilgesellschaft zu sichern und damit Entwicklung nachhaltig zu gestalten, richten sich an internationale Organisationen sowie an lokale Basisbewegungen.

links

- [ACT Alliance/CIDSE. Space for Civil Society. How to Protect and Expand an Enabling Environment. 2014](#)
-

erfahren sie mehr darüber

CIVICUS – die Zivilgesellschaft weltweit vernetzt

Im Bericht „State of Civil Society Report 2015“ gibt die Weltallianz für Bürgerpartizipation CIVICUS einen Überblick auf die zivilgesellschaftlichen Entwicklungen des letzten Jahres und greift dabei auf Einschätzungen und Beiträge der Mitgliederorganisationen weltweit zurück. Daraus ergibt sich eine Vielfalt an thematischen Beiträgen, die von den Bürgerkriegssituationen in Syrien und im Jemen, über die zivilgesellschaftlichen Herausforderungen der Ebola Epidemie in Westafrika bis zu Bürgerrechtsbewegungen in den USA reichen. Herausforderungen aber auch Chancen und nützliche Erfahrungen werden darin besprochen. CIVICUS bietet zudem auf seiner Webseite eine Informations- und Austauschplattform für zivilgesellschaftliche Organisationen auf der ganzen Welt. Dort werden Studien, Indizes und Analysen geboten, die der Zivilgesellschaft als Tool für kontextspezifische Arbeit dienen können. Zu finden sind auch gemeinschaftliche Projekte, die Organisationen bei der Implementierung ihrer Ziele mit Rat und Tat zur Seite stehen. Unter der Rubrik Events werden eine Reihe wichtiger Veranstaltungen zu zivilgesellschaftlichen Ereignissen und Konferenzen rund um den Globus präsentiert.

links

- [CIVICUS. State of Civil Society Report 2015](#)
- [CIVICUS Webseite](#)

aktuell

swisspeace/KOFF

KOFF im Übergang – Jahresbericht 2015

Die Ereignisse des Jahres 2015 haben das fast 15-jährige KOFF in vielerlei Hinsicht entscheidend geprägt, sei es auf internationaler oder nationaler Ebene, oder innerhalb der Organisation selber. Aus diesem Blickwinkel hebt das KOFF in seinem Jahresbericht die Höhepunkte im Jahr 2015 hervor: Die Lancierung der Lernprozesse in lokalen Kontexten und des Conflict Sensitivity Community-Hub, die Gründung der parlamentarischen Gruppe Friedensförderung, die Arbeit der vom KOFF gegründeten Arbeitsgruppe „Women Peace Security – reloaded“ rund um die Grenzen der UN-Agenda zu Frauen, Frieden und Sicherheit sowie die Runden Tische zur Begleitung der Wahl- und Friedensprozesse in Myanmar.

KOFF

Marie Seidel

marie.seidel@swisspeace.ch

Communications Officer

links

- [KOFF im Übergang – Jahresbericht 2015](#)

aktuell

Trägerorganisationen

Was hilft gegen religiöse Radikalisierung?

Fast 80 Interessierte nahmen an der von Mission 21 organisierten Fachtagung „Tschüss, ich geh in den #Krieg“ Ende Februar in Basel teil. Diskutiert wurde, wie präventive Massnahmen ein Abgleiten in den religiösen Radikalismus verhindern. Die Sozialwissenschaftlerin Edit Schlaffer stellte ihr Frauennetzwerk SAVE vor, das in Krisengebieten Mütterschulen anbietet. Die Erziehungswissenschaftlerin Miryam Eser Davolio stellte ihre Studie „Hintergründe dschihadistischer Radikalisierung in der Schweiz“ vor, welche die Vielfalt von Motivationen und Entstehungszusammenhängen aufzeigt. Imam Mustafa Memeti zeigte, wie islamische Geistliche ihre Autorität dafür einsetzen können, Parallelgesellschaften zu verhindern. Detlef Lienau und Magdalena Zimmermann von Mission 21 sprachen sich für eine reflektierte und im Dialog gereifte religiöse Sozialisation aus, die Schutz vor Fundamentalisierung bietet, weshalb sie die Ausbildung von Imamen und islamischen Religionspädagogen unterstützen. Der interreligiöse Dialog dürfe strittige Wertfragen nicht ausklammern. Mission 21 wird ihre Reihe der Fachtagungen Anfang 2017 fortsetzen.

Mission 21

Detlef Lienau

detlef.lienau@mission-21.org

links

aktuell

Internationale Partnerorganisationen

Treffen des Internationalen Dialogs zu Friedensförderung und Staatsaufbau

Mitglieder des Internationalen Dialogs zu Friedensförderung und Staatsaufbau aus über 40 Ländern trafen sich am 5. April in Stockholm, um neue Verpflichtungen zur Unterstützung von fragilen und konfliktbetroffenen Staaten einzugehen. In einer Erklärung verpflichteten sie sich konkret dazu, 1.) die Ursachen von Fragilität, Gewalt und Konflikten effektiver und schneller zu bekämpfen und sich bei ihren Interventionen an den Zielen der Friedensförderung und des Staatsaufbaus (PSGs) des New Deals zu orientieren, 2.) die aktive Beteiligung von Frauen bei der Friedensförderung durch die Verbindung des New Deal mit der UN-Resolution 1325 zu fördern, 3.) einheitliche Ansätze für eine inklusive Politik zu entwickeln und effektive Strukturen für die Konfliktbewältigung und Versöhnung zu bilden, 4.) Entwicklungshilfe effektiver und koordinierter einzusetzen und die Lücke zwischen humanitärer Hilfe und Entwicklungshilfe zu schließen und 5.) stärkere Partnerschaften aufzubauen, um das Vertrauen und den Erfahrungsaustausch zwischen Ländern, Gebern und zivilgesellschaftlichen Organisationen zu fördern.

links

- [Erklärung von Stockholm](#)
- [Internationaler Dialog zu Friedensförderung und Staatsaufbau](#)

agenda

Bevorstehende Veranstaltungen

9. - 13. Mai 2016

Basel, Schweiz

[swisspeace Kurs "Dealing with the Past"](#)

Einen Weg zu finden, um mit einer konfliktreichen Vergangenheit umzugehen, wird oft als Schlüssel zu einem dauerhaften Frieden, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit angesehen. Aber wie kann man sich über Relevanz und Wirksamkeit von Vergangenheitsbewältigung vor Ort überhaupt sicher sein? Der swisspeace Kurs „Dealing with the Past: Theory & Practice“ bietet Antwortmöglichkeiten auf diese Frage, in dem er den Fokus auf Möglichkeiten und Herausforderungen beim Entwerfen und der Umsetzung eines Prozesses zur Vergangenheitsbewältigung legt.

[Weitere Informationen](#)

[Anmeldung \(so bald wie möglich\)](#)

12. Mai 2016

Bern, Schweiz

[KOFF Trägerversammlung](#)

Die Jahresversammlung der KOFF-Trägerorganisationen findet am 12. Mai von 13:15 bis 16:15 Uhr in den Ateliers Bollwerkstadt in Bern statt. Der erste Teil wird sich, unter anderem, der Wahl der Mitglieder des neuen Advisory Boards widmen. Im thematischen Teil werden die Sektionschefs der AMS die Gelegenheit bekommen, ihre regionalen und thematischen Prioritäten zu präsentieren. Ziel mit dieser Präsentation ist, den Austausch zwischen der AMS und den Trägern zu fördern sowie mögliche Synergien mit den NGOs zu suchen.

[Weitere Informationen](#)

[Anmeldung](#)

18. Mai 2016

Bern, Schweiz

[swisspeace Informationsveranstaltung](#)

swisspeace führt am 18. Mai um 18.15 Uhr in Bern eine Informationsveranstaltung zu ihrem Weiterbildungsangebot durch. So bietet sich die Stiftung die Möglichkeit, sowohl das breite Angebot thematischer Kurse und Trainings von swisspeace zu entdecken als auch Informationen zu den diversen Nachdiplomstudiengängen von swisspeace und der Universität Basel zu erlangen.

[Weitere Informationen](#)

21. und 22. Mai 2016
Bern oder Zürich, Schweiz

[Training von Amnesty International](#)

Sie sitzen nach der Arbeit im Bus, da wird plötzlich ein Fahrgast von Mitreisenden angepöbelt. Würden Sie einschreiten? Sich in solchen Situationen einzumischen ist nicht einfach und erfordert Mut. Im Workshop „Einschreiten statt wegsehen!“ von Amnesty International üben Sie Zivilcourage und erfahren, wie Sie trotz Angst und Unsicherheit besser auf Konfliktsituationen reagieren können. Der eintägige Kurs wird in Bern und in Zürich angeboten.

[Weitere Informationen](#)

23. - 27. Mai 2016
Schweiz

[Veranstaltungswoche mit Justine Mbabazi](#)

Justine Mbabazi, Konflikt- und Frauenrechtsexpertin, ist während einer Woche zu Gast bei PeaceWomen Across the Globe (PWAG). Aus diesem Anlass finden Diskussionen und Konferenzen in Basel, Zürich und Bern statt. Am 23. Mai organisiert das KOFF in Zusammenarbeit mit PWAG einen Rundtisch zu „Transitional Justice and Reconciliation in Rwanda: Lessons learned from a Gender Expert“.

[Weitere Informationen](#) [Anmeldung zum Rundtisch](#)

12. - 19. Juni 2016
Caux, Schweiz

[ICP Sommerschule](#)

Das Institut für Konfliktbearbeitung und Friedensentwicklung (ICP) organisiert zum neunten Mal die „international Summer Academy and Forum on Peace Mediation and Dialogue“, die dieses Jahr der Mediation in Konflikten zwischen Gemeinschaften und Unternehmen gewidmet ist. Die Sommerakademie wird in Zusammenarbeit mit CAUX-Initiativen der Veränderung organisiert und findet im Kongresszentrum in Caux statt.

[Weitere Informationen](#)

Bis 15. Juni 2016
Montreux, Schweiz

"First Steps" Ausstellung

Die Stiftung CAUX-Initiativen der Veränderung feiert 70 Jahre Vertrauensbildung und organisiert aus diesem Grund die Wanderausstellung „First Steps“. Die Veranstaltung bezweckt durch Fotos und Geschichten von Menschen, die nach Caux kamen, die Besucher zu inspirieren und zu ermutigen, selbst „erste Schritte“ auf dem Weg der Veränderung zu gehen. Die Ausstellung ist bis zum 15. Juni in Montreux zu sehen.

[Weitere Informationen](#)

27. Juni - 1. Juli 2016

Basel, Schweiz

swisspeace Sommerschule: Myanmar

Welchen Beitrag kann die Friedens- und Konfliktforschung zum Verständnis der Konfliktdynamiken in Myanmar leisten? Und wie kann die Praxis ihrerseits die Forschung weiterbringen? Aufbauend auf den wichtigsten theoretischen Grundlagen der Friedens- und Konfliktforschung vermittelt die 5-tägige Sommerschule von swisspeace einen Überblick über die aktuellen akademischen und politikbezogenen Debatten der Friedensförderung und erörtert deren Relevanz für den Kontext Myanmar.

[Weitere Informationen](#)

[Anmeldung bis 15. Mai 2016](#)

Bis 30. Juni 2016

Schweiz

Anmeldung für das swisspeace CAS

Bis zum 30. Juni können Sie sich für das Nachdiplomstudium (CAS) in ziviler Friedensförderung Essentials anmelden. Die berufsbegleitende Weiterbildung von swisspeace und der Universität Basel bringt Teilnehmende auf den neusten Stand in ausgewählten Bereichen der zivilen Friedensförderung und bietet Schulung in praktischen Methoden.

[Weitere Informationen](#)

[Anmeldung](#)

22. August - 2. September 2016

Berlin, Deutschland

Training von SLE

Das Seminar für Ländliche Entwicklung (SLE) der Humboldt-Universität Berlin organisiert vom 22. August bis zum 2. September einen Kurs über Konfliktmanagement und -transformation.

[Weitere Informationen](#)

[Anmeldung \(so bald wie möglich\)](#)

28. - 30. September 2016

Berlin, Deutschland

[Training von Steps von Peace](#)

Wie sich eine Gesellschaft mit ihrer konfliktbehafteten Vergangenheit auseinandersetzt, wirkt sich entscheidend auf ihren gegenwärtigen wie zukünftigen Umgang mit Konflikten aus. Das Training „Shaping and experiencing cultural memory“ von Steps for Peace richtet sich an Interessierte, die sich mit Vergangenheitsaufarbeitung und Erinnerungskultur in Krisenregionen und Transformationsländern auseinandersetzen und sich Anregungen für ihre Arbeit wünschen.

[Weitere Informationen und Anmeldung](#)

[KOFF-Veranstaltungen](#)

Auf der KOFF-Webseite finden Sie weitere Informationen zu den aktuellen Runden und Veranstaltungen des KOFF.

[KOFF Website](#)

Dieses PDF wurde automatisch generiert.
Lesen sie à propos: www.swisspeace.ch/apropos

Herausgeber	KOFF von swisspeace
Kontakt	Sonnenbergstrasse 17, Postfach, CH-3001 Bern, Tel.: +41 (0)31 330 12 12
Redaktion	Marie Seidel, Manuel Respondek
Layout	Liliana Rossier
Übersetzung	Furrer Übersetzungen, Übersetzergruppe Zürich
Bildmaterial	Blick auf eine Mauer in den Strassen von Tegucigalpa, Honduras, 2016. Copyright: Anna Leissing/swisspeace

KOFF

Kompetenzzentrum Friedensförderung
Centre pour la promotion de la paix
Centre for Peacebuilding

KOFF ist ein Projekt der Schweizerischen Friedensstiftung swisspeace. Es wird gemeinsam getragen vom Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten und den folgenden Schweizer Nicht-regierungsorganisationen:

Alliance Sud	Green Cross Schweiz	Quaker United Nations Office
APRED	GSoA	Schweizerische Flüchtlingshilfe
artasfoundation	HEKS	Schweizerischer Friedensrat
BAHA'I	HELVETAS Swiss Int.	Schweizerischer Katholischer Frauenbund
Brücke · Le pont	IAMANEH Schweiz	Schweizerisches Rotes Kreuz
Caritas Schweiz	Institute for Conflict Transformation and Peacebuilding	SCI Schweiz
Caux - Initiativen der Veränderung	IFOR-Schweiz	Solidar Suisse
cfid	Interpeace	SOS Kinderdorf
DCAF	Luzerner Initiative für Frieden und Sicherheit (LIPS)	Stiftung Kinderdorf Pestalozzi
Eirene Schweiz	medico international schweiz	Swiss Academy for Development
Fastenopfer	Medienhilfe	SWISSAID
Fondation Hironnelle	mission 21	Terre des Femmes Schweiz
FriedensFrauen Weltweit	miva Schweiz - transportiert	terre des hommes schweiz
Frauen für den Frieden Schweiz	Hilfe	TRIAL
Gesellschaft für bedrohte Völker	Palmyrah	World Vision Schweiz
Geneva Call	Peace Watch Switzerland	
Graines de Paix	Peace Brigades International	